Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 96 (2002)

Heft: 7-8

Artikel: NW-Gespräch von Willy Spieler mit Ruth Dreifuss : für eine Gesellschaft, die rationaler, menschlicher und gerechter sein wird

Autor: Spieler, Willy / Dreifuss, Ruth

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144355

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NW-Gespräch von Willy Spieler mit Ruth Dreifuss

Für eine Gesellschaft, die rationaler, menschlicher und gerechter sein wird

Die Neuen Wege haben in ihrer bald 100jährigen Geschichte schon viel und kritisch über Bundesräte geschrieben, aber noch nie mit einem Mitglied des Bundesrates gesprochen. Das folgende Gespräch mit Ruth Dreifuss ist insofern eine Premiere. Unsere Gesprächspartnerin wurde im März 1993 in den Bundesrat gewählt und ist seither Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern. Die studierte Ökonomin war zuvor Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Der Redaktor der Neuen Wege hat Ruth Dreifuss am 13. Juni im EDI an der Berner Inselgasse besucht und mit ihr dieses lange, immer persönlicher werdende Gespräch geführt. Unsere Sozialministerin sagt, sie orientiere ihre Sozialpolitik nicht an «buchhalterischen» Vorgaben, sondern an den Bedürfnissen der Menschen und an der Verteilungsgerechtigkeit. Auf die Frage, was ihr Kraft gibt, den Angriffen gegen den Sozialstaat mutig standzuhalten, verweist Ruth Dreifuss auf «eine schöne Mischung von Liebe, Wut und Gesundheit». Das Gespräch befasst sich sodann mit Fragen der Religion, mit dem Verhältnis von pragmatischer und visionärer Politik, aber auch mit der Schweiz im 21. Jahrhundert. *Red.*

Die Schweiz ist der Ort, wo ich einen Stimmzettel habe

Willy Spieler: *Ruth Dreifuss, kürzlich habe ich in der Arbeitslosenzeitung «Surprise» ein bewegendes Gespräch zwischen Dir und dem Strassenverkäufer Kurt Zimmermann gelesen. Gleich zu Beginn sagst Du, «dass wir in unserem Leben, in unserer Welt und Gesellschaft ... nicht bloss Zuschauer sind, sondern uns bewusst sein sollten, dass wir mitbestimmen und etwas bewirken können». Ist es aber nicht so, dass heute eine immer mächtiger werdende Wirtschaft die staatliche und die internationale Politik immer mehr dominiert, so dass sich unter der «Globalisierungskeule» so etwas wie politische Ohnmacht, eine Art neoliberaler Fatalismus verbreitet?*

Ruth Dreifuss: Die Frage ist vielschichtig. Wenn ich mit *Kurt Zimmermann* über das Bewusstsein gesprochen habe, dass wir etwas mitbestimmen und bewirken können, dann war der Hintergrund die Art und Weise, wie er sich in seiner Krankheit, im Umgang mit *Psychiatrie und Sozialhilfe* trotz allem als Subjekt verstanden wissen will. Seine Geschichte beweist, dass diese Haltung möglich ist, auch wenn sie schmerzhaft und konflikthaltig sein kann. Sie bewirkt ein Bewusstsein für die Mängel in Psychiatrie und Sozialhilfe, wenn die echten Bedürfnisse der betroffenen Menschen nicht wahrgenommen werden.

Glücklicherweise leben wir in einer Gesellschaft, die uns die *Chance der Mitbestimmung* bietet. Wir können uns zu Wort melden, sei es über das Vereinsleben, sei es über politische Organisationen, und dadurch etwas bewirken. Es gibt z.B. viele Gruppen, die sich gerade mit der *Globalisierung* auseinandersetzen.

WS: *Wie Attac zum Beispiel.*

RD: Ja, oder wie *Amnesty International,* wenn es um die Menschenrechte geht.

Du stellst die Frage, ob die lokale oder nationale Politik noch der richtige Ort

ist, wo man etwas bewirken kann. Natürlich ist der *Staat* die einzige Struktur, in der wir *Vollbürger und -bürgerinnen* sind. Ich bezeichne mich zwar als Weltbürgerin, aber die Schweiz ist der Ort, wo ich einen Stimmzettel habe. Anderseits ist der Angriff auf die Rolle des Staates von innen und von aussen schärfer als in den letzten fünfzig Jahren. Ganz so neu ist diese Entwicklung aber nicht. Es gab mal den Slogan von der Unmöglichkeit der Revolution oder des Sozialismus in einem einzigen Land. Ich würde hinzufügen: Auch *Demokratie in nur einem Land* ist noch nicht die volle Demokratie.

Der Sozialstaat hat sich nach den Bedürfnissen der Menschen zu richten

WS: *Auch der Sozialstaat und mit ihm die Sozialministerin geraten unter Druck. «Wieviel Sozialstaat können wir uns noch leisten?» fragen diejenigen, die es sich leisten können, auf ihn zu verzichten. «Der Druck auf Ruth Dreifuss nimmt zu», titelte am 2. Juni die «NZZ am Sonntag». Dort steht auch, das Departement des Innern habe errechnet, dass die Sozialwerke bis 2010 einen Mehrbedarf von 13 Mia. Franken benötigten. Wie sieht unsere Sozialministerin die Zukunft der Sozialwerke?*

RD: Die erste Frage müsste heissen: *Wieviel Sozialstaat brauchen wir?* Es geht dabei immer nur um Problemlösungen. Der Sozialstaat an sich ist ja nicht das Ziel. Es geht darum, dass jeder und jede die Möglichkeit hat, sich in Freiheit zu entfalten und in der eigenen Verantwortung ernst genommen zu werden. Diese wichtige Frage der Politik kann nicht buchhalterisch gelöst werden. Es gibt keine zum voraus festgelegte Globalgrösse, nach der sich dann die Politik zu richten hätte.

WS: *Also ist es gerade umgekehrt: Die Bedürfnisse sind massgebend, nach ihnen hat sich der Sozialstaat zu richten.*

RD: Genau. Wobei der Staat als Ausdruck unseres gemeinsamen Willens sich verschiedensten Fragen stellen muss. Ich habe Bundesrat und Parlament zum Beispiel Vorschläge zur *Erhöhung des Rentenalters* unterbeitet, um die AHV auch längerfristig für alle zu konsolidieren. Ich sage also nicht, der Sozialstaat müsse immer teurer werden und jede Forderung nach Ausgestaltung des Sozialstaates sei unberechtigt. Aber der entscheidende Punkt liegt in den Bedürfnissen der Menschen. Deswegen darf auch die Frühpensionierung nicht nur den Reichen zustehen.

WS: *Du sagst zu Recht, der Sozialstaat an sich sei nicht das Ziel. Man könnte auch umgekehrt sagen, je mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft verwirklicht ist, um so weniger Sozialstaat braucht es.*

«Die AHV sollte eine Umverteilung von oben nach unten bewirken. Sie ist ein Grundstein unserer Sozialpolitik» (Ruth Dreifuss beim NW-Gespräch in ihrem Büro im EDI).

RD: Ich ziehe Systeme vor, die den Sozialstaat überflüssig machen würden. Ich hätte lieber keine *Working poor* in der Schweiz, als dass ich mich mit der Frage auseinandersetzen müsste, wie wir die Ergänzungsleistungen auch auf diese Kategorie armutsbetroffener Menschen

ausdehnen könnten, insbesondere auf Familien, die nicht genug zum Leben haben.

WS: *Was ja nur wieder Symptombekämpfung wäre.*
RD: Wenn man erwartet, dass die Working poor durch die Sozialhilfe unterstützt werden, dann ist das eine Symptombekämpfung. Aber der Sozialstaat als solcher ist nicht Symptombekämpfung, sondern die Organisation unserer Möglichkeiten, den verschiedenen Risiken vorzubeugen. Mit der *AHV* haben wir ein System aufgebaut, das die Armut im Alter als dauerhafte Lösung überwindet, was alles andere als eine Symptombekämpfung ist.

Mir ist eine Giesskanne lieber als die Privilegierung der Reichen

WS: *Eigentlich müsste der Sozialstaat auch zur Verteilungsgerechtigkeit beitragen. Statt dessen findet in der Finanz- und Steuerpolitik eine Umverteilung von unten nach oben statt. Es wächst nicht nur die Schere zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen privatem Reichtum und – ich will noch nicht sagen – öffentlicher Armut, aber doch schwindenden Ressourcen für die Aufrechterhaltung oder gar den notwendigen Ausbau des Sozialstaates. Mir scheint, bei all den vielen Sparübungen werde die damit einhergehende Entsolidarisierung gern übersehen.*
RD: Das Schwierigste in der Politik ist die *Kohärenz.* Verschiedene Massnahmen können sich gegenseitig aufheben. Gerade in der Schweiz besteht diese Gefahr – mehr noch als in anderen Staaten – wegen der Suche nach einem breiten politischen Konsens. Solche Widersprüche müssen wir bekämpfen. Auch darf der *Kompromiss der Parteien* nicht am Anfang stehen, sondern er gehört ans Ende der politischen Auseinandersetzung. Bei der Diskussion über die Verbilligung der Krankenkassenprämien für Kinder wurde mir im Bundesrat vorgeworfen, das sei ein *Giesskannensystem.* Ziemlich heftig habe ich geantwortet: «Mir ist eine Giesskanne immer noch lieber als die einseitige Bevorzugung gesellschaftlicher Gruppen, also der reicheren Leute, wie dies bei der Steuerreform zum Teil geschieht.»

Der zweite Teil der Frage erscheint mir heute sehr aktuell. Ich habe vom *Angriff auf den Sozialstaat* gesprochen. Wir erleben sehr stark, wie er in seinen Möglichkeiten zurückgebunden wird. Instrumente mit so schönen Namen wie *«Schuldenbremse»* haben zur Folge, dass wir nur noch Buchhaltung machen und nicht mehr Politik.

WS: *Die Politik liefert sich einem anonymen Mechanismus aus und verliert dadurch immer mehr das Gesetz des Handelns.*
RD: Genau, und das ist ein Armutszeugnis für die Politik. Eines möchte ich betonen: Wir haben in den letzten zehn Jahren den *Sozialstaat nicht abgebaut.* Und das trotz lang anhaltender Wirtschaftskrise und politischer Polarisierung. Es geht heute darum, Lücken zu schliessen und einen Ausgleich zu schaffen wie bei der Erhöhung des Rentenalters. Diese bedeutet zwar eine Schlechterstellung für die künftigen Rentnerinnen und Rentner; aber wenn dadurch das System konsolidiert wird, wenn die Verhältnisse zwischen Lebensdauer und Arbeitsdauer in ein Gleichgewicht kommen, dann bin ich dafür. Vor allem, wenn auch die Möglichkeit für eine vorzeitige Pensionierung geschaffen wird.

Die AHV ist mehr als nur eine Sozialversicherung

WS: *Es ist ja ein Unterschied in der Lebenserwartung, ob ein Bauarbeiter in die Pension geht oder ein Universitätsprofessor.*
RD: Es hängt in der Tat sehr davon ab, in welchem gesundheitlichen Zustand jemand ins Rentenalter tritt und wie lange er oder sie die Rente beanspruchen kann.

Wir sind stolz auf die AHV, weil sie so konstruiert wurde, dass sie eine *Umverteilung von oben nach unten* bewirken sollte. Die *AHV* ist darum ihrer Idee nach mehr als nur eine Sozialversicherung, sie ist ein Grundstein unserer Sozialpolitik.

WS: *Und wie sieht es in der Wirklichkeit aus?*
RD: Wenn der *Bauarbeiter* die Rente nur vier oder fünf Jahre bekommt, während jemand mit einem weniger strengen Beruf und einem viel höheren Einkommen während zwanzig Jahren die Rente bezieht, dann stellt sich schon die Frage, ob hier nicht gerade umgekehrt eine *Umverteilung von unten nach oben* stattfindet. In diesem Sinn ist die AHV auch nicht perfekt, aber sie ist gewiss eines der besten Vorsorgesysteme für das Alter in Europa.

Aber Du hast Recht mit der Frage, wie die Politik die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich überwinden kann. Die Hauptsorge gilt heute *armutsbetroffenen Familien und Menschen zwischen 25 und 65*. Die Armutsbekämpfung im Alter ist zwar nicht für alle Zeiten gewährleistet, sie ist auch noch nicht genügend, aber es wurde mit unserem System der Altersvorsorge doch sehr viel erreicht.

Die Reichsten haben die billigste Krankenversicherung in ganz Europa

WS: *Was schlägst Du für die Armutsbekämpfung in den Altersklassen zwischen 25 und 65 vor? Denkst Du an eine Ausdehnung des Systems der Ergänzungsleistungen?*
RD: Ich bin sehr für solche Formen eines *garantierten Mindesteinkommens,* auch für das «revenu minimum d'insertion», das im Kanton Genf in einer Abstimmung leider verworfen wurde. Wichtig ist die Bekämpfung der unsicheren Arbeitsverhältnisse, vor allem wenn die Betroffenen auch noch Alleinerziehende sind.

WS: *Oft habe ich den Eindruck, das Volk sei sozialer als seine bürgerliche Mehrheit. Von der Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung einmal abgesehen. Es ist doch bemerkenswert, dass z.B. der Souverän des Kantons Zürich seine Regierung verpflichtet hat, bedeutend mehr Geld für die Prämienverbilligung bereitzustellen. Das war eigentlich ein Votum für Ruth Dreifuss.*
RD: Es war ein Votum für die soziale Komponente des KVG und hat mich natürlich sehr gefreut. Ganz allgemein wird unsere *Sozialpolitik vom Volk getragen.* Eine Ausnahme macht das *KVG,* das sehr widersprüchliche Reaktionen hervorruft. Man ist begeistert von der Qualität des Gesundheitssystems, die sich auch im Vergleich mit dem Ausland sehen lässt. Auf der andern Seite leiden viele unter den *Kopfprämien,* auch wenn die Prämienverbilligung wie jetzt im Kanton Zürich erhöht wird. Ich frage mich, ob dieses System nicht auch eingeführt wurde, um die *Bevölkerung zu disziplinieren.* Der einzige Vorteil des Kopfprämiensystems ist die Transparenz der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Daneben gibt es aber viele Nachteile, viel Unmut über die hohen Prämien, unter denen vor allem die Mittelschicht leidet. Die Ärmsten erhalten die Prämien verbilligt, und die Reichsten haben die billigste Krankenversicherung in ganz Europa. Der Leidensdruck der Mittelschicht aber macht das System sehr anfällig.

Ich wehre mich gegen die Verunsicherungstaktik in der Sozialpolitik

WS: *Du meinst, es sei die Absicht gewesen, durch diesen Leidensdruck die Mittelschichten zu disziplinieren, damit sie sich in ihren berechtigten Ansprüchen an die Versicherungsleistungen beschränken würden?*
RD: Ja, ich fürchte es. Doch selbst wenn es nicht so gemeint war, dann wirkt es sich jedenfalls so aus. Auch bei der AHV habe ich den Eindruck, dass man zwar

die Vorteile für die Gesellschaft und für die Wirtschaft anerkennt, gleichzeitig aber das Vertrauen in dieses System klein hält oder gar zerstört. Es gibt die berühmte Geschichte meines *Offenen Briefs für die AHV,* die immer wieder genüsslich und erst noch falsch wiedergegeben wird. Der Brief war die Reaktion auf eine Welle von Vertrauen zerstörenden Aussagen.

WS: *Diese Geschichte interessiert mich.*
RD: Vorausgegangen war die *Schlagzeile im «Blick»:* «Rentner, ist Ihre Rente noch sicher?» Dahinter stand eine grauenhafte Verunsicherungstaktik. Ich erhielt damals Telefonanrufe und Briefe von betagten Menschen, die wegen dieser Kampagne nicht mehr schlafen konnten. Sie glaubten, dass ihre Rente schon in den nächsten Monaten gefährdet sei. Natürlich sollte diese Verunsicherung dazu missbraucht werden, um politische Vorstösse zum Abbau der AHV durchzubringen. Das hat in mir eine solche Wut ausgelöst, dass ich den Rentnerinnen und Rentnern sagen wollte: Ihr habt heute nichts zu fürchten, die Renten werden nicht nur ausbezahlt, sondern weiterhin der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Morgen braucht die AHV zwar mehr Geld, aber die Verfassung gibt uns die Möglichkeit, ein Mehrwertsteuerprozent dafür zu erheben, und das werden wir auch tun. Übermorgen brauchen wir eine 11. und eine 12. AHV-Revision, um dieses Sozialwerk den veränderten Verhältnissen anzupassen und dadurch seine Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Auch wenn es Handlungsbedarf gibt, um die AHV zu konsolidieren, so hat der Rentner heute sicher nichts zu fürchten.

«Eine meiner Rollen ist es, den Menschen Träume zu ermöglichen» (Bilder: Willy Spieler).

WS: *Wo ist der Offene Brief damals erschienen?*
RD: Auch im «Blick». Man hat mir vorgeworfen, es sei *nicht «bundesratsverträglich»,* Offene Briefe zu schreiben. Aber der «Blick» hat ja mehr Möglichkeiten als ich, Offene Briefe unter die Leute zu bringen und das Ganze erst noch auf vier, fünf Worte in einem gelb-roten Kioskaushang zu verkürzen. Ich muss mich doch wehren gegen solche Kampagnen.

Eine Gewerkschafterin im Bundesrat ist nicht eine bundesrätliche Gewerkschafterin

WS: *Bei allem «Druck» lässt Ruth Dreifuss keine Anzeichen von Resignation erkennen. Im Gespräch mit «Surprise» lesen wir, dass Du unbeirrt weiter «kämpfen» und den «Idealismus» nicht verlieren willst. Dieser Idealismus ist gerade bei einem Exekutivmitglied alles andere als selbstverständlich.*
RD: Das will ich sicher nicht bestätigen. (Lacht.)

WS: *Schon zur Zeit der Französischen Revolution hiess es: «Un jacobin ministre, n'est pas un ministre jacobin.» Wenn also der Jakobiner Minister werde, sei er kein jakobinischer Minister mehr.*
RD: Auch eine Gewerkschafterin im Bundesrat ist leider keine bundesrätliche Gewerkschafterin. Ich habe eine *andere Rolle.*

WS: *Aber Du sagt doch «leider».*
RD: Weil es für mich einfacher war, klar für eine Seite zu kämpfen. Jetzt muss ich mehr Elemente in meine Überlegungen einbeziehen.

WS: *Aber «leider» doch auch, weil Du Dich selbst geblieben bist.*

RD: Nein, weil ich dadurch *Menschen enttäuschen* muss, die sich von meiner Wahl viel mehr erwartet haben, als ich je einlösen könnte. Ich kann das Schweizer System nicht umkrempeln. Aber ich versuche, das Maximum aus diesem System herauszuholen. Im übrigen stehe ich wirklich zu diesem System. Ich bin auch für diese Regierungsform und für die Volksrechte, die damit verknüpft sind.

Eine meiner Rollen ist es, den Menschen *Träume zu ermöglichen.* Das war schon so in meiner gewerkschaftlichen Arbeit. Nur die Utopie gibt uns einen Kompass, um die Richtung in die Zukunft zu finden. Gleichzeitig darf ich als Politikerin nicht mehr versprechen, als ich halten kann. Das ist eines der Grundprobleme in der gelebten Politik. Die Träume nicht ersticken lassen und gleichzeitig *keine unrealistischen Hoffnungen* wecken, das macht meine Stellung schwierig. Ich hasse nichts mehr als Demagogie.

WS: *Aber Visionen zu haben, ist ja keine Demagogie. «Ein Volk ohne Vision geht zugrunde» lautet ein Buchtitel von Dorothee Sölle, der ein Zitat aus dem Ersten Testament aufnimmt. Du hältst es sicher nicht mit dem ehemaligen SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky, der meinte: «Wer Visionen hat, braucht einen Arzt.»*

RD: Nein, sicher nicht. Ich habe gewiss meine Visionen, auch wenn es heute schwieriger ist, sich ein Bild von der *Gesellschaft von morgen* zu machen als noch vor zwanzig oder dreissig Jahren. Das ist vielleicht eine Alterserscheinung, jedenfalls fällt es mir heute schwerer. Aber wenn ich in meiner Stellung von Visionen spreche, ist die Gefahr gross, dass ich so verstanden werde, als sei ich jetzt auch schon daran, diese Visionen umzusetzen. Jetzt bin ich an der «Macht» mit vielen Anführungszeichen, jedenfalls bin ich in der Verantwortung, zu machen, was ich sage.

Ich brauche keinen Gott, aber ich bekämpfe die Götzen

NW: *Woher nimmst Du diese Kraft, konkret für soziale Gerechtigkeit einzutreten und dabei die Visionen nicht zu verlieren?*

RD: Was mir Kraft gibt, ist eine innere Überzeugung, dass es zu viele unerträgliche Dinge gibt, die geändert werden müssen. Aber auch eine schöne Mischung von *Liebe, Wut und Gesundheit.* (Lacht.)

WS: *Du rekurrierst nicht auf Religion, wenn ich die Frage nach Deiner Motivation stelle. Du bezeichnest Dich «als Person, die nicht gläubig ist, aber kulturell und geschichtlich mit dem jüdischen Volk verbunden», wie kürzlich im SonntagsBlick (26. Mai) zu lesen stand. Aber ein paar Zeilen weiter heisst es: «Den jüdischen Glauben kann man im Grunde auf einen Satz reduzieren: Du sollst keine Götzen haben.» Dieser Satz, übrigens ein Kernsatz der Theologie der Befreiung, scheint für Dich wegleitend zu sein. Götzen gibt es ja viele in unserer Gesellschaft, von der Anbetung des Geldes bis zum Glauben an den totalen Markt oder dem Vertrauen auf Waffen anstelle von Gerechtigkeit.*

RD: Ich bin nicht gläubig. Ich habe auch schon gesagt, ich sei Atheistin, aber ich ziehe den Begriff *«agnostisch»* vor. Die Frage nach Gott interessiert mich nicht, aber die Frage der Götzen interessiert mich sehr. (Lacht.) Ich brauche keinen Gott, aber ich bekämpfe die Götzen.

WS: *Im erwähnten Interview fällt das Wort «Götze» im Zusammenhang mit der Besetzungspolitik Israels seit 1967. Warum?*

RD: Auch religiöse jüdische Gelehrte wie insbesondere *Jeshajahu Leibowitz* (1903–1993) haben das Wort im Zusammenhang mit Blut und Boden verwendet. In meinem Verständnis der universellen jüdischen Botschaft ist nichts so antijüdisch wie die Fixierung auf Blut und Boden. Nie darf auch nur ein Menschenleben

einem Stück Boden geopfert werden. Aber der *Götzenglauben* steckt letztlich *in uns allen*. Es ist wichtig, dass sich der Mensch von Fetischen befreit, die behaupten, sie seien wichtiger als er.

WS: *Und ein Gott, den es nicht gibt, der richtet wenigstens keinen Schaden an.*
RD: Genau. (Lacht.) Gott an sich interessiert mich nicht. Aber wenn es ihn gibt, interessiert er sich vielleicht für mich.

Judentum und Christentum sind Religionen des Ungehorsams

WS: *Das will ich hoffen.*
RD: Er hätte sehr viel zu tun, wenn er sich um jeden einzelnen Menschen kümmern müsste.

Aber vielleicht bist Du erstaunt, dass ich immer wieder über Religion spreche. Das hat zwei Gründe. Der erste hat mit meiner *Verbundenheit mit der jüdischen Kultur und Geschichte* zu tun. Ich habe sie besonders studiert und möchte sie auch verständlich machen, um Vorurteilen zu begegnen. Je mehr ich mich anderseits von der Religion löste, umso mehr interessierte ich mich für Religion als Suche nach Antworten auf die Sinnfrage. Schon als Kind habe ich buddhistische Bücher gelesen und die amerikanischen Indianerreligionen studiert.

Seit ich hier in diesem Amt bin, ist für mich die Auseinandersetzung mit dem religiösen Phänomen besonders hilfreich. Als Mitglied der Regierung, vor allem aber als Vorsteherin des Departements des Innern, zu dem das *Gesundheits-* und das *Forschungswesen* gehören, muss ich verstehen, was die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes bewegt: Was heisst Menschenwürde? Wann fängt das *Leben* an? Wie geht man mit dem *Tod* um, wie mit dem Schmerz? Ist der Körper unantastbar, darf man ihm ein Organ entnehmen? In Zeiten von Aids wird auch *Sexualität* zum politischen Thema. Es sind lauter Fragen, die mit religiösen Überzeugungen zu tun haben. Für mich ist es spannend, diese Fragen mit Vertretern und Vertreterinnen der verschiedenen Religionen zu erörtern.

Auch zur Frage der *Stammzellen* sollen sich alle Weltanschauungen anhand eines Gesetzesentwurfs äussern können. Ebenso bei der Vorbereitung des Gesetzesentwurfs über die *Transplantation* war es für mich wichtig zu wissen, ob es religiöse Gründe gibt, die gegen eine Organentnahme sprechen. Ich habe für diese Diskussion auch pragmatische Gründe. Ich will das Vertrauen in dieses Gesundheitssystem aufrechterhalten. Niemand soll sich aus religiösen Gründen fürchten, in ein Schweizer Spital zu kommen.

WS: *Es kann aber doch keine Religion den Anspruch erheben, ihre Wahrheit zur politischen Norm zu machen. Letztlich muss man sich in einem ethischen Konsens finden.*
RD: Ja, sofern Ethik nicht auch mit einem Absolutheitsanspruch daherkommt. Beim Schwangerschaftsabbruch z.B. sollen alle frei ihre eigene Verantwortung wahrnehmen können.

WS: *Den verschiedenen Religionen sind ja auch übereinstimmende ethische Normen gemeinsam. Wenn Du sagst: «Ungeduldig bin ich dort, wo Leute leiden» (Sonntagszeitung, 26.5.02), dann folgst Du der prophetischen und ethischen Tradition des Judentums.*
RD: Ist sie nur jüdisch und nicht auch *christlich?*

WS: *Das will ich sagen, und ich hoffe, dass auch viele Christinnen und Christen in dieser Tradition des Ersten Testaments stehen.*
RD: Es gibt diese Kontinuität weitgehend, wenn auch nicht geschichtlich. Man hat das Christentum, in gewissen Zeiten auch das Judentum als *Gehorsamsreligion* missbraucht, während der Grundgedanke beider Religionen doch die Freiheit des Menschen und daher gerade der Ungehorsam ist.

Lieber Pragmatismus plus Ethik als Vision und Disziplin

WS: *Wir treffen uns jedes Jahr an einer Rotschuo-Tagung, zu der die GBI einlädt. Das Alphabet will es, dass wir uns jeweils gegenübersitzen. Du sagst dabei selten etwas, bewegst unermüdlich Deine Stricknadeln – und bist unglaublich präsent. Darf ich fragen, warum Du Dir für unsere alljährlichen, mitunter vielleicht etwas abgehobenen Diskussionen zwei Tage Zeit nimmst?*

RD: Ich nutze gern diese Möglichkeit, mich mit Genossinnen und Genossen zu treffen. Ich habe noch eine andere Möglichkeit, die ich ebenso regelmässig und auch mit der Strickarbeit wahrnehme, das ist ein Tag mit Gleichgesinnten, die in der Westschweiz die Zeitung *«Domaine publique»* herausgeben. Die Begegnung mit Freundinnen und Freunden tut mir wohl. Es tut mir aber auch wohl, mitreden zu können und nicht als Ministerin abgesondert zu werden. Es ist schwierig zu wissen, in welche Richtung die Gesellschaft sich entwickelt. Da sind die *Rotschuo-Tagungen* hilfreich.

Die erste Tagung vor drei Jahren diente der Bestandsaufnahme, wo wir stehen. Es gab dabei fast so etwas wie eine Verzweiflung über die Rückschläge der letzten Jahre. Bei einer neuen und vertieften Betrachtung an der zweiten Tagung fiel die Bilanz viel positiver aus. Das ist die Voraussetzung, um den *politischen Kampf* in der Schweiz *selbstbewusster* zu führen. Was mir auch sehr viel gebracht hat, war die internationale Dimension, das bessere Verständnis der Gefahren und Chancen der Globalisierung. Im Departement des Innern fehlt mir die Möglichkeit, mich so gut aufzudatieren.

WS: *Wir haben zumindest eine Gemeinsamkeit. Wir sind beide 1965 in die SP eingetreten, also vor-68er «Altlinke». Die SP erschien mir damals als eine sehr pragmatische Partei. Das änderte sich mit «1968». Auch das Programm von Lugano 1982 und selbst das «Wirtschaftskonzept» von 1994 sprechen noch von einer «Überwindung des Kapitalismus». Heute scheint das Pendel wieder in Richtung Pragmatismus auszuschlagen. Wie beurteilst Du die Entwicklung der SPS?*

RD: *Parteien* müssen *pragmatische Gebilde* sein. Eine Partei ist ein Apparat, wenn auch ein schwacher Apparat, zur Verwirklichung von kurzfristigen politischen Zielen.

WS: *Nicht auch zur Entwicklung von Visionen?*

RD: Ich bin kein Programmensch. Ich bin auch nicht verheiratet mit der Partei. Aber es ist eine Beziehung mit sehr viel gegenseitiger Treue bis zum heutigen Tag. Parteien müssen gewiss Widersprüche und unerträgliche Situationen in der Gesellschaft aufdecken. Ich habe die *SP* als eine Partei gewählt, in der wir nicht unbedingt dieselben Visionen teilen müssen, aber doch *ein Stück Weg zusammen gehen.* Ich würde mich nie einer kollektiven Vision unterstellen. Lieber eine gute pragmatische Partei, die aber einen moralischen Kompass behält. Es gibt Sachen, die man nicht machen, Leiden, das man nicht dulden darf. Heute und für die nächsten zehn Jahre fordern wir das und jenes, um diese Situation nicht hinnehmen zu müssen – das ist für mich ein gutes Programm.

Ich bin dem Programm der 80er Jahre mit dem Grundgedanken der *Selbstverwaltung* als ethischem Anspruch, als Vision und Utopie verpflichtet. Aber Du wirst mir sicher beipflichten, dass wir nicht so genau wussten, was das konkret bedeuten sollte. Wir haben uns damals auch Illusionen gemacht, z.B. über das jugoslawische Modell.

WS: *Man kann natürlich nicht wie im damaligen Jugoslawien die Wirtschaftsdemokratie ohne die politische Demokratie einführen.*

RD: Das Umgekehrte gilt auch.

WS: *Ja, genau. Das Menschenbild lässt sich nicht halbieren in ein demokratisches für den Staat und ein autoritäres für die Wirtschaft.*
RD: Ich betone lieber Pragmatismus plus Ethik als Vision und Disziplin.

Ich habe die Vision einer starken Bewegung zur Vernunft in diesem Land

WS: *Im September wird der Pendo Verlag eine Dreifuss-Biographie von Isabella Maria Fischli herausbringen. Das Buch steht unter dem Zitat eines Spiegel-Interviews: «Ich bin Symbol einer Schweiz, die sich verändert.» Das Symbol meinte die Bundespräsidentin, die als Linke, als Jüdin und als erste Frau in dieses Amt gewählt wurde. Seither hat sich die Schweiz weiter verändert. Ich nenne den Bergier-Bericht und seine grosse Akzeptanz in der Öffentlichkeit, oder den Entscheid über den UNO-Beitritt. Es gibt aber auch Veränderungen zum Schlechteren, z.B. in der Asylpolitik. Welches ist Deine Vision, oder, um es vorsichtiger zu formulieren, Deine Vorstellung von der Schweiz des 21. Jahrhunderts?*
RD: Statt grosse Worte zu verwenden, erzähle ich lieber eine Geschichte: Als *René Felber* Bundesrat wurde, sassen plötzlich *vier Katholiken im Bundesrat,* sie hatten eine Mehrheit, die in der Öffentlichkeit als komisch oder fast schon als Problem vermerkt wurde. Und das war nur fünf Jahre vor meiner Wahl. Als ich gewählt wurde, war meine Herkunft kein Hindernis. Es gibt Probleme, die erledigen sich von selbst. An einem schönen Morgen sind sie einfach nicht mehr da. Ähnliches ist in der Schweiz in letzter Zeit ziemlich oft passiert.

Andere Probleme belasten uns weiter. Vielleicht sind es ebenso *falsche Probleme.* Und eines Tages werden wir aufwachen und sagen: Ich bin dieses Problem los. Wie kann es noch ein Problem sein, dass man in der Schweiz einer *Frau, die ein Kind zur Welt* bringt, ein *finanzielles Opfer* abverlangt! Eines Tages, ich hoffe noch in diesem Jahr, wird man aufwachen und sagen: Wir haben soviel diskutiert und solange Widerstand geleistet, und im Grunde haben wir jetzt eine Selbstverständlichkeit eingeführt.

WS: *Du meinst die Mutterschaftsversicherung.*
RD: Ja, und eines Tages werden wir vielleicht aufwachen und uns sagen: Was wir als *fremd* betrachtet haben, ist es nicht mehr. Als *Mensch der Aufklärung* und als eine grosse Anhängerin von *Rousseau* habe ich die Vision, dass es eine starke Bewegung zur Vernunft in diesem Lande gibt. Aber ich weiss ebenso sehr, dass es auch eine starke Strömung von *verängstigten Menschen auf der Verliererseite* der Gesellschaft gibt. Und um den Kreis zu schliessen, denke ich an die Menschen mit einem Ohnmachtsgefühl, als seien sie bestimmt von Kräften, die sie nicht beherrschen. Oder an die Götzen und an den Kult, der um sie gemacht wird.

Wir leben immer *zwischen Vernunft und Wahnsinn,* als Individuen wie als Gesellschaft. Wir müssen lernen, dass wir von der Geburt bis zum Tod diese *Gratwanderung* machen. Ich will das Irrationale als menschliche Realität nicht leugnen, ich habe ja auch viele Jahre in der Psychiatrie gearbeitet. Wir sind da, um die Gesellschaft nach einer Richtung zu orientieren, die rationaler, menschlicher und gerechter sein wird. Wenn wir in einem bestimmten Moment nicht in der Lage sind, die Gesellschaft in diese Richtung zu entwickeln, dann müssen wir *wenigstens Widerstand* leisten.

WS: *Ruth Dreifuss, ich wünsche Dir weiterhin diese schöne Mischung von Liebe zu den Menschen, Wut über ungerechte Verhältnisse und Gesundheit, um weiter zu arbeiten, zu kämpfen.* •